

Bürgerinitiative "BETUWE - LINIE" - So nicht e.V.

Mitglied der
BUNDESVEREINIGUNG GEGEN SCHIENENLÄRM

Aktuelle Mitgliederinformation

Wesel, im Juli 2021

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Förderer der Bürgerinitiative,

Auch in diesem Jahr wollen wir Sie über die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit der geplanten „BETUWE-Linie“ informieren. Leider hat sich die besondere Situation des ersten Halbjahrs 2020, - die Corona-Pandemie – gegenüber dem damaligen Wissensstand eher verschlechtert. Als Folge davon fanden keine Sitzungen sowohl mit der Bahn als auch mit den Kommunen statt. Das galt bis Juni dieses Jahres, als erstmals wieder eine AG-BETUWE-Sitzung unter Pandemievorkehrungen in Hamminkeln stattfand. Als Folge dessen kamen wir kaum an Informationen, sowohl was die Bahn angeht, als auch was sich in den Kommunen tut.

Nachfolgend die wichtigsten Informationen:

Seitens der Bahn wurden in den einzelnen Kommunen die Bautätigkeiten aufgenommen. Nach dem Baubeginn in Oberhausen 2019 erfolgen dort bereits Brückenarbeiten, Weicheneinbauten und Oberleitungsarbeiten. Für die Abschnitte Rees-Haldern, Dinslaken und Voerde (nicht Friedrichsfeld) wurden Sondierungsarbeiten (Kampfmittel), Kabelverlegungen und Rodungsarbeiten an den Strecken durchgeführt. Merkwürdigerweise braucht sich die Bahn nicht an die gesetzlich vorgegebenen Grünschnittperioden zu halten. Schließlich ist auch sie ein Privatunternehmen, was sie allerdings nur dann betont, wenn es um Vorteilsnahme daraus geht. Ansonsten ist man stets bestrebt, die Vorteile eines „Staatsunternehmens“ in Anspruch zu nehmen. Weiterhin wurden Baustraßen eingerichtet und Bauwerksarbeiten vorbereitet.

Inzwischen liegt auch der Planfeststellungsbeschluss für Voerde-Friedrichsfeld vor. Hier hat das Eisenbahn-Bundesamt den von der Stadt geforderten Aufzug entgegen der Bahnpläne für erforderlich gehalten und genehmigt. Auch dies war wieder ein Beispiel, wie die Bahn durch Billiglösungen mit den Anwohnern und Nutzern umgeht. Leider war dies die einzige positive Nachricht aus dem Bereich Voerde. Die Stadt hatte eine Klage beim Bundes-Verwaltungsgericht angestrengt, um im Sinne der Anwohner an der Schwanenstraße eine Bahnquerung zu erhalten. Diese Klage wurde inzwischen negativ beschieden. Allerdings denken wir, dass die Klagebereitschaft der Stadt Voerde gezeigt hat, dass man sich nicht alles gefallen lässt und das hat sicher zur Genehmigung des Aufzuges in Friedrichsfeld beigetragen. Wenn man bedenkt, dass ansonsten nicht nur Rollstuhlfahrer aufgrund der hohen Steigung mehrere hundert Meter hätten zurücklegen müssen!

Weiterhin sind es die Themen Begrünung von Schallschutzwänden sowie transparente Wände in Bahnhofsbereichen ein wesentliches Streitthema zwischen Kommunen und Bahn. Die Bahn will hier die Zusatzkosten auf die Kommunen verlagern bzw. weigert sich, diese Maßnahmen überhaupt in Angriff zu nehmen. Die Bahn setzt hier weiterhin auf grün-grau-blaue Aluminiumwände, obwohl jeder weiss, wie diese Wände optisch wirken und nach einigen Jahren aussehen werden. Außerdem wird von Experten die langjährige Haltbarkeit dieser Wände bezweifelt.

Aktuell gab es in den Kommunen Wesel, Hamminkeln und Rees neue Offenlagen. Diese waren erforderlich, nachdem von der EU neue Vorschriften in Bezug auf Wasserwirtschaft erlassen wurden. Dieses Deckblatt haben wir ausführlich studiert. Es wurde von der Bahn pauschal mitgeteilt, dieses wäre für die Anwohner nicht von Belang. Das sehen wir anders.

Es geht in der Hauptsache um Einflüsse der Bauarbeiten auf Grundwasserspiegel und -qualität sowie die zu erwartende Einleitung von Schadstoffen. Diese Einflüsse werden unserer Meinung nach sehr verharmlost. Es wird von „nicht wahrscheinlicher Kontamination“, nicht „signifikanter Verschmutzung und Teilversiegelung“ gesprochen. Außerdem wird ein unwesentlicher Einfluss vom Einsatz von Glyphosat erwartet. Da diese Aussagen sehr schwammig sind und außerdem eine unabhängige Prüfung nicht vorgesehen ist, haben wir als anerkannter Umweltverband eine erneute Einwendung bei der Bezirksregierung gemacht.

Neben einer unabhängigen Prüfung der Auswirkungen haben wir auch Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen gefordert. Außerdem sollte der Einsatz von Glyphosat, der ab 2024 sowieso komplett verboten wird, gar nicht erst vorgesehen werden. Wir werden sehen, wie hierauf reagiert wird.

Aufgrund dieser neuen Offenlage mit den dazugehörigen Einwendungsfristen wird sich der Planfeststellungsbeschluss für Wesel wohl deutlich verzögern und ins Jahr 2022 verlagert. Zur Zeit erleben wir hier eine Dauersperrung der Strecke, die für den Neubau einer Bahnbrücke für die Umgehungsstraße B 58n und den dreigleisigen Ausbau erforderlich ist, aber auch für einige Wochen Ruhe (!) bringt.

In Emmerich versuchen die Bürgerinitiativen weiterhin, mit Unterstützung des NABU und z.T. der Verwaltung eine – auch von Experten – als nicht sinnvoll beurteilte Planung noch zu verhindern. Hier zeigt sich ein weiteres Problem der Planung in NRW. Obwohl sowohl Bahn als auch der Landesbetrieb Straßenbau NRW (Verlegung der B8) betroffen sind, lässt die Absprache zwischen diesen Institutionen im Sinne vernünftiger Planung mit Stadt und Bürgern doch sehr zu wünschen übrig.

Sowohl die Planung des zukünftigen Bahnhofsbereichs als auch die von der Bahn bevorzugte Abgrabung des Eltenbergs mit vielen Bäumen stehen in der Diskussion. Außerdem geht es um zugesagte und hinterher wohl nicht eingehaltene Versprechungen bei Bahnquerungen. Wir wünschen den Freunden in Emmerich viel Durchhaltevermögen und Erfolg bei diesen Aktionen.

In Sachen Streckensicherheit hat sich einiges weiter entwickelt. Nach Zustimmung durch das Eisenbahn-Bundesamt zu dem von den Feuerwehren entwickelten Konzepts geht es um die detaillierte Durchführung bzgl. den Ausrüstungen, Unterbringung derselben und der Ausbildung der Fachleute.

Wie auch im vergangenen Jahr hat es mit der Politik keine weiteren Gespräche gegeben, weder auf Landes- noch auf Bundesebene. Wir sehen zwar ein, dass die Verantwortlichen mit der Pandemie sehr beschäftigt sind, aber sie sind noch immer unsere Abgeordneten. Der Niederrheinische Appell wurde bis heute, entgegen der Zusagen von Politik und Ministerium, bis heute nicht berücksichtigt. Alles wurde auf die Entscheidung des Eisenbahn-Bundesamtes geschoben.

Leider haben wir als Bürger hierauf keinen Einfluss. Vielleicht gelingt es uns, im bevorstehenden Wahlkampf den einen oder anderen Politiker hierauf anzusprechen.

Des Weiteren gab es einen Schienengipfel unter Beteiligung von Andreas Scheuer, Ronald Pofalla und einigen Verbänden. Hier wurden u.a. die langen Planungszeiten bei Bahnbaustellen diskutiert, wobei H. Pofalla als Begründung für Verzögerungen als Beispiel den „Häuserkampf“ an der BETUWE am Niederrhein nannte. Dies ist eine Unverschämtheit, was wir mit schriftlichen Eingaben an H. Pofalla und unsere Politiker beantworteten – bis jetzt keine Reaktion! Außerdem wurde ein „neuer“ Deutschlandtakt“ angekündigt, dessen Sinn eine wesentliche Steigerung des Güter- und Personenverkehrs sein soll, auch auf der Magistrale Wien – Amsterdam. Wir haben sofort reagiert und die Bezirksregierung aufgefordert, diese zusätzlichen, bisher nicht berücksichtigten Zugzahlen zu ermitteln und bei der weiteren Planung (Schallberechnung!) zu berücksichtigen

Der Projektbeirat hat letztes Jahr nicht getagt. Das ist jedoch nicht weiter schlimm, dient er doch zum größten Teil der Selbstbeweihräucherung von Bahn und Politik.

Wir sind auch weiterhin in der Bundesvereinigung Schienenlärm aktiv. Hier wird z.Zt. von uns eine Klage beim Bundesverwaltungsgericht angestrengt, um zu erreichen, dass beim Schienenlärm nicht der Durchschnittslärmpegel – davon wird nachts niemand wach – sondern auch der Maximalpegel Berücksichtigung findet. Wir sind gespannt. Wie Sie sehen, sind wir trotz Pandemie nicht untätig.

Wie geht es weiter?

Wir bleiben natürlich weiter aktiv und werden Sie bei konkreten Anlässen sofort unterrichten, spätestens jedoch, wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliegt.

Bitte verfolgen Sie auch die Berichterstattung in der Presse. Nachdem wir Sie jetzt auf den neuesten Informationsstand gebracht haben, wünscht der Vorstand Ihnen und Ihren Familien noch eine ruhige und stressfreie Urlaubs- und Sommerzeit. Und bleiben Sie gesund!

Weitere Informationen erhalten Sie über unsere Internetseiten

www.betuwe-wesel.de

www.betuwe-niederrhein.de

Bürgerinitiative BETUWE – So nicht! - Der Vorstand

Bitte teilen Sie uns doch mit, wenn Sie per E-Mail erreichbar sind (g.bork@t-online.de)